

jahresbericht

2022



**MEHR
DEMOKRATIE**

Unser Jahresbericht 2022

Liebe Leserinnen und Leser,

Mehr Demokratie ist nur so stark wie die Menschen, die den Verein unterstützen. Sie, die Mitglieder, Spenderinnen und Spender beteiligen sich an unseren Kampagnen, interessieren sich für unsere Arbeit, berichten anderen Menschen davon - ohne Sie geht es nicht! Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Vor Ihnen auf dem Bildschirm oder als Ausdruck liegt unser Jahresbericht 2022 in neuer Form. Bislang hatte Mehr Demokratie zu Anfang jedes Jahres einen kurzen Jahresbericht vorgelegt. Mit diesem neuen Jahresbericht wollen wir Sie umfassender darüber informieren, wofür wir 2022 Geld ausgegeben haben und woher das Geld kam. Weil wir das zum ersten Mal so gemacht haben, hat es diesmal auch etwas länger gedauert. Jetzt steht das Format und der Bericht wird im nächsten Jahr früher vorliegen.

Unsere Arbeitsbereiche haben wir 2022 in zehn inhaltlich-politische und sieben organisatorische Bereiche aufgeteilt. Klare Strukturierung und Verantwortlichkeiten erleichtern die internen Arbeitsabläufe und die Kommunikation nach außen. Die organisatorischen Bereiche unterstützen die politischen Bereiche bei der Öffentlichkeitsarbeit, dem Fundraising, Veranstaltungen oder auch Verwaltungsaufgaben. Wenn Sie sich also fragen, warum Mehr Demokratie beispielsweise in der Öffentlichkeitsarbeit so viel Geld ausgibt, dann erklärt sich das dadurch: Das Team der Öffentlichkeitsarbeit unterstützt jeden politischen Bereich mit Pressemitteilungen, Social Media-News, Videos oder der Organisation von Pressekonferenzen.

Mehr Demokratie ist ein gemeinnütziger Verein. Alle Projekte gründen auf Beschlüssen unserer Mitgliederversammlung. Der Jahresabschluss mit allen Ein- und Ausgaben wird, nachdem er von der Bundesgeschäftsführung im Frühjahr erstellt wird, von der gewählten ehrenamtlichen Rechnungsprüfung auf Herz und Nieren geprüft. Auch in diesem Jahr gab es keinerlei Beanstandungen. Deshalb ist die Bundesmitgliederversammlung der Empfehlung der Rechnungsprüfung gefolgt, hat den Jahresabschluss bestätigt und den Bundesvorstand entlastet.

Die Einnahmen und Ausgaben 2022 im Überblick finden Sie auf den Seiten 4 und 5. Mehr als die Hälfte unserer Einnahmen stammt übrigens aus Kleinspenden und Mitgliedsbeiträgen. Diese sind die tragende Säule unserer Arbeit! Es ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, diesen Bereich jedes Jahr auszubauen, um unsere Unabhängigkeit zu erhalten.

Wenn Mehr Demokratie-Projekte durch Stiftungen oder öffentliche Gelder gefördert wurden, haben wir diese Einnahmen an den passenden Stellen aufgeführt.

In allen Bundesländern gibt es Landesverbände von Mehr Demokratie. Diese Landesverbände sind keine eigenständigen Vereine, verwalten aber einen Teil der Mitgliedsbeiträge. Vor Ort können gewählte Landesvorstände selbst entscheiden, für welches

demokratiepolitische Projekt sie diese Mittel verwenden wollen. Welche Projekte und Kampagnen vor Ort organisiert wurden, finden Sie auf Seite 18.

Falls Sie Rückfragen zu unserem Bericht haben, zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren. Wir freuen uns, Sie in Zukunft (weiterhin) als Spenderin oder Spender oder demnächst sogar als Mitglied von Mehr Demokratie an Bord zu haben!

Herzlich grüßen

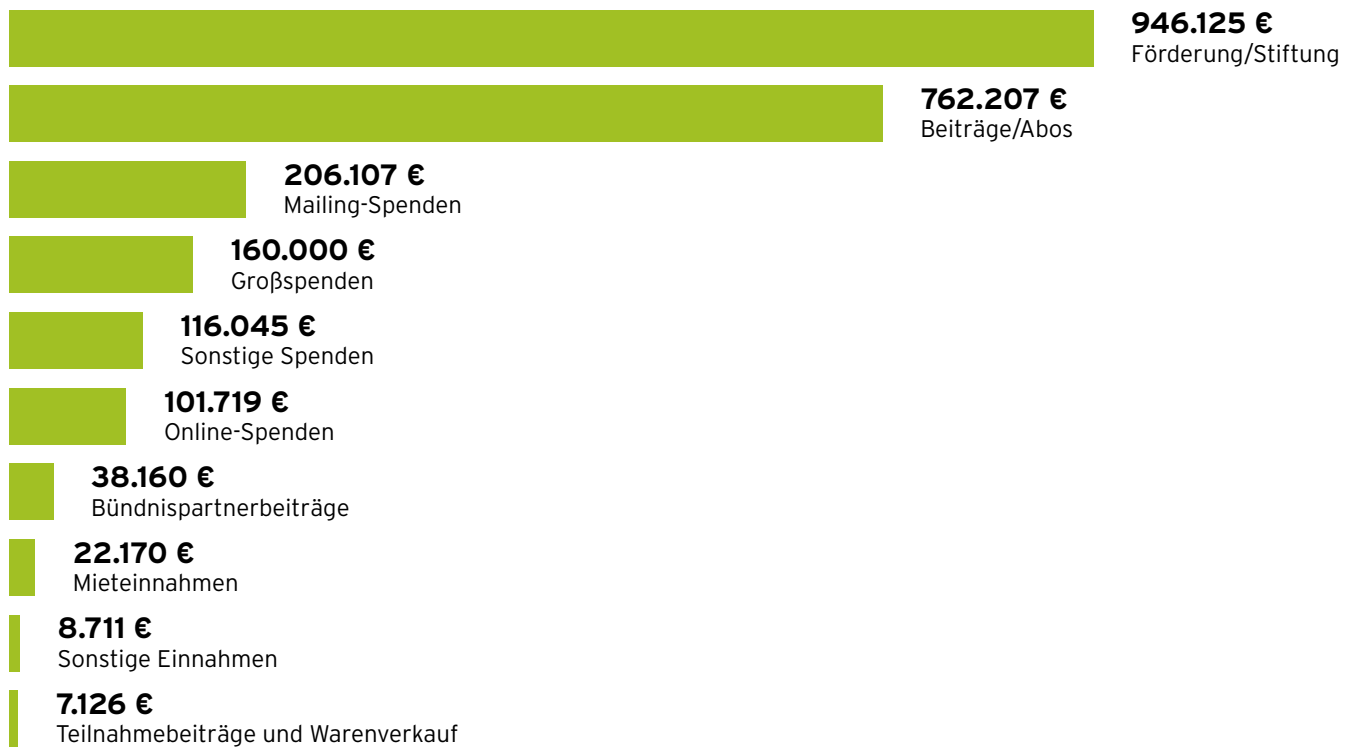


Alexander Trennheuser,
Bundesgeschäftsführer













Roman Huber,
Geschäftsführender
Bundesvorstand

Einnahmen 2022 nach Bereichen: 2.368.370 €















Ausgaben 2022 nach Bereichen: 2.237.857 €

Organisatorische Bereiche

	340.054,20 € Öffentlichkeitsarbeit	Seite 17
	274.743,73 € Fundraising	Seite 17
	205.051,86 € Verwaltung	Seite 17
	126.723,50 € Reform-/Lobbyarbeit	Seite 17
	107.725,54 € Interne Demokratie	Seite 17
	95.195,72 € Veranstaltungen	Seite 17
	86.300,31 € Datenbank	Seite 17
	53.725,42 € demokratie!-Magazin	Seite 17
	53.709,52 € Wissenschaft	Seite 17
	29.876,10 € Ost-Koordinator	Seite 17

Politische Bereiche

	241.732,45 € Losland	Seite 8
	127.971,81 € Kommunale Demokratie (Beratung)	Seite 17
	93.687,97 € Bürgerrat	Seite 8
	89.998,91 € Consul/Digitale Demokratie	Seite 11
	68.305,11 € Direkte Demokratie	Seite 6
	61.351,17 € Demokratie und Klima	Seite 15
	56.444,63 € Transparenz	Seite 10
	39.389,00 € Handelsabkommen	Seite 13
	29.704,20 € Parlamentsreform/Gesetzgebungsreform	Seite 12
	23.293,62 € Wahlrecht	Seite 9
	16.500,33 € Europa	Seite 14
	16.371,90 € Demokratische Kultur	Seite 16

Direkte Demokratie

Ausgaben direkte Demokratie**68.305,11 €****Deichbruch in Schleswig-Holstein**

In Schleswig-Holstein drohte 2022 nach der Neuwahl ein direktdemokratischer Deichbruch: Per „Generalklausel“ wollte die Regierung Bürgerbegehren zu vielen Themen unterbinden. Widerstand kam sofort, auch von Mehr Demokratie. Durch intensive Gespräche und Öffentlichkeitsarbeit konnte das Schlimmste abgewendet werden. Allerdings: Bürgerbegehren zu Bauvorhaben sollen nach dem inzwischen beschlossenen Gesetz ausgebremst werden, wenn der Gemeinderat mit 2/3-Mehrheit einen entsprechenden Beschluss fasst.

Wir verteidigen die Bürgerrechte

Das können wir nicht einfach zulassen. Mit einem aktuellen Bürgerbegehrensbericht konnten wir belegen: Die Wahrnehmung der Landesregierung ist falsch. Es gibt weder zu viele Bürgerbegehren noch werden Planungsprozesse verlangsamt. Im Dezember 2022 haben wir uns mit einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnis gegen die Beschneidung von Bürgerbegehren an die Landesregierung gewandt. Der Grundstein zur 2023 gestarteten Volksinitiative „Rettet den Bürgerentscheid“ wurde gelegt. Unterstützt wird sie von mehr als 40 Organisationen, unter anderem von den Oppositionsparteien SPD und Südschleswiger Wählerverband (SSW).

Neue Volksbegehrensstatistik veröffentlicht, Hunderte von Begehren beraten

Unser 2022 veröffentlichter Volksbegehrensbericht zeigt: Klimaschutz ist ein zentrales Thema der direkten Demokratie. Etwa ein Sechstel aller von Bürgerinnen und Bürgern angestoßenen Verfahren auf Landesebene beschäftigten sich mit Umweltschutzfragen. Insgesamt gab es bisher 433 direktdemokratische Verfahren und 25 Volksentscheide. Coronabedingt ist die Zahl 2020 und 2021 etwas zurückgegangen.

Vor allem in den Gemeinden, teils auch auf Landesebene, haben wir 2022 wieder hunderte von direktdemokratischen Initiativen beraten.

Bundesweite Volksentscheide fehlen

Für Aufregung sorgte 2022 eine Allensbach-Umfrage: Rund ein Drittel der Bevölkerung glaubt, in einer Schein-Demokratie zu leben. Die Umfrage reiht sich ein in eine Serie von Umfragen, die die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie belegen. Für uns sind die Schlussfolgerungen klar: Wir brauchen mehr und fair geregelte direkte Demokratie, Wahlrechtsreformen und ein Ausbau der Bürgerbeteiligung, gerade auf Bundesebene.

Keine längere Wahlperiode ohne direkte Demokratie

Auch 2022 geisterte wieder einmal die Idee durch Politik und Medien, die Wahlperiode für den Bundestag auf fünf Jahre zu verlängern. Das würde weniger Wahlgelegenheiten bedeuten, nämlich bezogen auf die durchschnittliche Lebenserwartung nur noch zwölf statt wie bisher 15. Das heißt umgerechnet 20 Prozent weniger Demokratie. Das ist nur denkbar mit direkter Demokratie als Ausgleich! Wir haben dazu einen Aufruf gestartet und in diesem Zusammenhang 50 Neumitglieder geworben. Bisher ist noch alles offen...

Monitoring, auch international

Wir haben die direkte Demokratie im Blick, auch über Europa hinaus: Unter anderem haben wir das ambitionierte Verfassungsreform-Projekt in Chile genau angeschaut und kommentiert, das schließlich in der Abstimmung gescheitert ist. Wie entscheidend und unverzichtbar die direkte Demokratie als Ergänzung zu Wahlen ist, haben die Abstimmungen zum Thema „Schwangerschaftsabbruch“ zu den Midterm-Wahlen in den USA gezeigt - auch diese haben wir begleitet und analysiert.



Foto: Michael von der Lohse

Bürgerräte

Ausgaben Bürgerräte

241.732,45 €

Losland

93.687,97 €

Bürgerrat



Zweckgebundene

Zuwendungen für Bürgerrat

155.077,66 €

Open Society Foundations

Zweckgebundene

Zuwendungen für Losland

300.000,00 €

Bundeszentrale für politische Bildung

Weiterentwicklung von Bürgerräten auf Bundesebene

Die weitere Erprobung und dann auch Institutionalisierung von Bürgerräten auf Bundesebene ist für Mehr Demokratie ein wichtiges Anliegen. Auch deshalb haben wir 2022 zahlreiche Gespräche mit anderen Organisationen, Wissenschaft, Politik und Verwaltung dazu geführt, waren in Anhörungen und auf Veranstaltungen präsent. Gemeinsam mit IASS, IDPF, Es geht LOS! u.a. haben wir Empfehlungen erarbeitet und diese an Bundestag, Bundesregierung und Bundestagsverwaltung weitergeleitet. Die Aktivitäten von 2022 bildeten auch die Grundlage für unsere Bewerbung (im Konsortium mit nexus, IFOK und IPG) für die Durchführung der ersten offiziell vom Bundestag beauftragten Bürgerräte.

Inzwischen ist eine eigene Stabsstelle Bürgerräte beim Bundestag eingerichtet worden, die Durchführung der Bundestags-Bürgerräte koordiniert und überwacht. Eine solche Stelle war übrigens eine Empfehlung des Bürgerrats Demokratie.

Vernetzung, Beratung, Leitfadenerstellung

Auf internationaler Ebene haben wir die Democracy R&D Tagung in Berlin mitorganisiert - das Event, auf dem sich die gesamte Bürgerrats-Szene trifft und vernetzt. Mit einer Delegation aus Deutschland waren wir in Washington beim „Legislators' Forum on Innovations in Democracy“ präsent.

Insgesamt haben wir 2022 rund 20 Bürgerrats-Initiativen in Deutschland und international beraten. Die Informationssammlung, Konzeptentwicklung, Formulierung und zahlreiche Feedbackschleifen für unseren „Leitfaden Bürgerräte“ haben 2022 stattgefunden. Nun kann das Handbuch mit vielen Hintergrundinformationen und Praxisempfehlungen für bürgerratsinteressierte Gemeinden und Personen bald in Druck gehen.

Mit LOSLAND Kommunen bei der Zukunftsplanung unterstützt

In zehn Gemeinden haben wir das von der Bundeszentrale für Politische Bildung geförderte Projekt LOSLAND durchgeführt. In Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung wurden für jede Kommune ein passgenaues Beteiligungskonzept erarbeitet. Ein Zukunftsrat mit gelosten Bürgerinnen und Bürgern war das Herzstück der Prozesse vor Ort. Die Teilnehmenden entwickelten Empfehlungen zu der Frage nach einer enkeltauglichen Zukunft für die Kommune. Diese wurden anschließend öffentlich vorgestellt und im Stadt- oder Gemeinderat beraten. Erkenntnisse aus dem Projekt und Einblicke in die Prozesse vor Ort finden sich in der Abschlusspublikation. Zudem bot eine Kooperationsveranstaltung mit dem Futurium Gelegenheit für Mitwirkende und Akteure der Teilnehmenden Bilanz zu ziehen. Das LOSLAND Modell ist auf so viel Interesse und Begeisterung gestoßen, so dass es 2023 fortgesetzt und weiterentwickelt wird.



Foto: Robert Boden

Wahlrecht

Ausgaben Wahlrecht**23.293,62 €****Bundes-Wahlrechtsreform kritisch begleitet**

94.000 Menschen haben den Aufruf „Von XXL zurück auf L“ unterstützt, den wir Anfang 2022 an das Bundestagspräsidium überreicht haben. Unsere Forderungen:

- weniger Abgeordnete
- mehr Vielfalt
- Überhangmandate abschaffen
- Mehrmandatswahlkreise einführen
- Sperrklausel absenken
- Ersatzstimme und Proteststimme einführen
- Wahlrecht für Jugendliche und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft einführen.

Auf dieser Basis haben wir auch die Arbeit der Wahlrechtskommission kritisch begleitet und auf einer eigenen Webseite dokumentiert. Bisher ist keine unserer Forderungen befriedigend umgesetzt.

Wir halten die Fach-Debatte am Laufen

Unsere „Initiativtagung Ersatzstimme“ war mit 80 Teilnehmenden aus der Fachwelt ein so großer Erfolg, dass 2023 die Fortsetzung geplant ist.

Erfolge beim Wahlalter 16

Gleich auf mehreren Ebenen gab es Erfolge bei der Absenkung des Wahl- und Abstimmungsalters: In Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg dürfen nun auch 16jährige wählen und abstimmen, in NRW und Berlin wurde dies 2022 angekündigt. Bei den EU-Wahlen gilt künftig das Wahlalter 16 und auch eine Europäische Bürgerinitiative darf inzwischen dank unseres Einsatzes von Jugendlichen unterstützt werden.

Gegen Sperrklauseln - auf allen Ebenen!

Bei der Saarland-Wahl im März waren mehr als 20 Prozent der Stimmen wirkungslos, weil Parteien an der die Fünf-Prozent-Hürde scheiterten. Die Sperrklausel ist überflüssig und macht die repräsentative Demokratie weniger repräsentativ. Wir fordern die Absenkung der Sperrklausel auf 3 Prozent - auf allen Ebenen. Bei den Europawahlen soll die Sperrklausel sogar wieder eingeführt werden. Wir haben dagegen 2022 mit einem Aufruf an die Parteivorsitzenden protestiert, um die Zweidrittel-Mehrheit im Bundestag noch zu verhindern. Nun bereiten wir eine Verfassungsbeschwerde vor.



Transparenz

Ausgaben Transparenz

56.444,63 €



Zweckgebundene Zuwendung für Transparenzgesetz

40.635,52 €

Open Society Foundations

Transparenzgesetz mit Bürgerinnen und Bürgern geschrieben

Transparenz ist Trumpf in der Demokratie! 2022 haben wir im Bündnis mit FragDenStaat, Transparency International, netzwerk recherche, Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit (DGIF) e.V., Gesellschaft für Freiheitsrechte, LobbyControl und abgeordnetenwatch einen Entwurf für ein Bundestransparenzgesetz vorgelegt. Geschrieben mit Bürgerinnen und Bürgern. Fast 400 Kommentare haben wir dafür ausgewertet - und dabei nebenbei gleich die Beteiligungsplattform Consul genutzt (siehe Bereich Consul). Der Entwurf wurde auf einer Bundespressekonferenz vorgestellt und vom zuständigen Staatssekretär Marcus Richter und dem stellvertretenden Vorsitzenden des Innenausschusses Lars Castellucci entgegengenommen.

Begleitung des Gesetzgebungsprozesses auf Bundesebene

In der ersten Hälfte dieses Jahres gab es viele Gespräche mit Politikerinnen und Politikern. Im Mai 2023 hat die Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung eine Fachtagung zum Bundestransparenzgesetz durchgeführt. Wir haben zu diesem Anlass mit Bundestagsabgeordneten und Entscheidungsträgerinnen und -trägern des Bundesinnenministeriums gesprochen und waren auch auf dem Podium vertreten. Im Juni haben wir im Rahmen des „Digital Democracy Summit“ ein Online-Podium zum geplanten Transparenzgesetz organisiert, gemeinsam mit anderen Organisationen und der Vorsitzenden des Digitalausschusses im Bundestag.

Mehr Durchblick in den Bundesländern

NRW, Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg haben 2022 eigene Kampagnen gestartet. Auch in Berlin hat sich Mehr Demokratie dafür eingesetzt, dass nach dem Volksentscheid Transparenz ein entsprechendes Gesetz auf den Weg kommt und im Bündnis erreicht, dass 2023 die Einführung eines Berliner Transparenzgesetz wieder im Koalitionsvertrag steht. In Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Bayern haben wir die Debatte um Informationsfreiheitsgesetze begleitet, in Sachsen die Vorbereitung eines Transparenzgesetzes. Auch in der Transparenzhauptstadt Hamburg ist noch Luft nach oben: Unser Landesverband fordert ein Lobbyregistergesetz und einen Transparenzbeauftragten!



Foto: Isa Lachmann

Consul/Digitale Demokratie

Ausgaben Digitalisierung

89.998,91 €



Zweckgebundene Zuwendung für Consul

40.000,00 €

Robert-Bosch-Stiftung

20.000,00 €

GTS Hamburg e.V.

Summe: 60.000,00 €

Consul weiterentwickelt und Finanzierung gesichert

2022 haben wir die Verbreitung der Beteiligungssoftware Consul weiter vorangebracht: Drei Jahre nach der Einführung in Deutschland wird Consul in rund 35 Kommunen, Landtagen und Initiativen genutzt (Stand Ende 2022). Auf der Konferenz Consul-Con 2022 haben sich Anwenderinnen und Anwender und Fachleute ausgetauscht: Wie sind die bisherigen Erfahrungen? Welche Zukunftsvisionen gibt es?

Während die Anwendbarkeit ständig verbessert wird und wir immer mehr Erfahrungen sammeln, musste die gesamte Finanzierung 2022 auf neue Beine gestellt werden. Das ist inzwischen (mit Unterstützung verschiedener Stiftungen) gelungen. Derzeit entwickeln wir Consul so weiter, dass es auch für kleine und mittlere Kommunen leichter einsetzbar ist.

Übrigens: Auch unser Transparenzgesetz (siehe Bereich Transparenz) wurde mit Hilfe von Consul erstellt.

Schattenseiten der Digitalisierung beleuchtet

Die Digitalisierung hat auch Schattenseiten: Fremdbestimmung durch Algorithmen, künstliche Intelligenz, Hass-Kommentare, Fake-News ... Wie können wir uns als Bürgerinnen und Bürger und als Zivilgesellschaft schützen? Wo brauchen wir mehr Gestaltungs- und Freiräume? Das waren Themen auf unserer gut besuchten Online-Veranstaltung, dem Digital Summit 2022.



Parlamentsreform/Gesetzgebungsreform

Ausgaben Gesetzgebungsreform

29.704,20 €



Gesetzgebungsverfahren - Wie groß ist der Einfluss des Bundestags wirklich?

„Gesetze sind wie Würste...“ - dieses fälschlicherweise Bismarck zugeschriebene Zitat spielt darauf an, dass es in der Gesetzgebung undurchsichtig und manchmal auch unappetitlich zugeht.

Gesetze werden in Deutschland vom Bundestag gemacht? Irrtum! Mehr als 80 Prozent der Gesetze werden von der Regierung eingebracht. Vieles wird bereits vor dem ersten Entwurf ausgehandelt - von wem und in wessen Interesse ist nicht nachvollziehbar. Wir arbeiten seit 2022 an einer großen Studie dazu: Wurde an den rund 443 Gesetzen, die in der letzten Wahlperiode der Bundesregierung eingebracht wurden, tatsächlich etwas vom Bundestag verändert?

Die Gesetzesvorbereitung muss in den Blick genommen werden, denn die Exekutive ist momentan der Legislative überlegen. Selbst Gesetzentwürfe, die aus dem Parlament kommen, basieren häufig auf Formulierungshilfen, die zuvor von der Bundesregierung kamen.

Wir wollen diese Herausforderung angehen und Vorschläge für Reformen des Gesetzgebungsverfahrens machen. Das Verfahren muss transparenter werden und Beteiligungsmöglichkeiten müssen genutzt werden, zudem brauchen wir neue Methoden, Instrumente und Verfahrensmodelle.

Für unsere Reformvorschläge wird die 2022 begonnene Studie eine wichtige Grundlage liefern.

Zweckgebundene Zuwendung für Gesetzgebungsreform

21.176,61 €

Open Society Foundations



Foto: Claudio Schwarz/Unsplash

Handelsabkommen

Ausgaben Handelsabkommen

39.389 €



Negatives CETA-Urteil im Februar

Das Bundesverfassungsgericht hat im März 2022 mehrere Verfassungsbeschwerden gegen CETA abgewiesen, darunter auch die bisher größte Verfassungsbeschwerde der deutschen Geschichte „Nein zu CETA“, die von Mehr Demokratie, foodwatch und Campact angestoßen worden war. Der Prüfraum des Bundesverfassungsgerichts war von vorneherein sehr eng gefasst. Deshalb bleiben wir bei unserer Einschätzung: Das CETA-Abkommen genügt nicht unseren demokratischen Standards. Immerhin: Das Verfassungsgericht legt in seinem CETA-Urteil fest, dass die Beschlüsse der CETA-Ausschüsse an den Bundestag rückgekoppelt werden müssen. Bislang hat die Ampelkoalition hierzu aber noch keinen konkreten Vorschlag vorgelegt

Zerren um CETA geht weiter

Das Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada wurde im Dezember 2022 vom Bundestag beschlossen. Nach heftiger Kritik unter anderem von Mehr Demokratie und dem Bündnis Gerechter Welthandel wurde für Deutschland eine Zusatzklärung verabschiedet. Und: Es ist noch nicht vorbei: Wir stehen in den Startlöchern für eine neue Verfassungsbeschwerde, um sicherzustellen, dass die Entscheidungen der CETA-Ausschüsse auch wirklich an den Bundestag oder das Europaparlament zurückgebunden sind.

Mehr Demokratie war auch 2022 Teil des Netzwerks Gerechter Welthandel, der AG Handel des Forum Umwelt und Entwicklung und der NO ECT Runde von attac.



Foto: Uwe Hirsch

Europa/Welt

Ausgaben Europa**16.500,33 €****Zukunftsvision für Europa weiterverbreitet**

Der Krieg in der Ukraine hat es einmal mehr bewusst gemacht: Wir brauchen eine neue Vision für Europa, eine bessere und bürgernähere EU-Politik. Anlässlich der EU-Zukunftskonferenz haben wir Vorschläge gemacht, wie Europa noch besser geht.

Das Demokratie-Magazins 2/22 haben wir dem Thema Frieden und Zukunftsvisionen für Europa gewidmet.

Vernetzung europaweit

Wir waren Partner beim Global Forum on modern direct Democracy, das 2022 endlich wieder live - und diesmal in Luzern - stattfinden konnte. Unser Thema: By the many! Wie man die Demokratie im 21. Jahrhundert demokratisieren kann.

Was geht ohne EU-Reformkonvent?

Unsere Hoffnungen auf einen Reformkonvent für die EU wurden nicht erfüllt: Der europäische Rat hat den Antrag des EU-Parlaments nicht behandelt, weil es keine Mehrheit für eine grundlegendere Reform gab. Andere Vorschläge der Konferenz zur Zukunft der EU werden weiterverfolgt, z.B. eine permanente Bürgerversammlung auf europäischer Ebene einzurichten. Wir konzentrieren uns darauf, ein proeuropäisches zivilgesellschaftliches Bündnis in Deutschland und auch darüber hinaus aufzubauen, um gemeinsam in die Öffentlichkeit gehen zu können.



Foto: Alexander Garrido Delgado

Demokratie und Klima

Ausgaben Demokratie und Klima

61.351,17 €



Zweckgebundene Zuwendung für Lernphase Klima

23.729,63 €

Deutsche Bundesstiftung Umwelt

Beratung von Gemeinden wirkt [mit grünem Haken]

Die Klimafrage ist auch eine Demokratiefrage. Denn je mehr sich die Krise zuspitzt, desto schneller und „alternativloser“ werden die politischen Reaktionen darauf erfolgen. Jetzt gilt es, die demokratischen Spielräume zu nutzen und sicherzustellen, dass Klimaschutz und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger Hand in Hand gehen.

Unsere Arbeitsbereiche Bürgerbeteiligung, kommunale Demokratie und Klima überschneiden sich an vielen Stellen. Wir haben 2022 etliche Verfahren im Zusammenhang mit Klimafragen beraten und aktiv begleitet. Wir waren im Rahmen von Vorträgen und auf Vernetzungsveranstaltungen präsent und werden auch immer wieder direkt in Gemeinden aktiv. Dabei geht es uns immer darum unsere Kernbotschaft herauszustellen: Klimaschutz kann nur funktionieren, wenn Bürgerinnen und Bürger mitreden, mitgestalten und mitentscheiden können.

Ein schönes Beispiel, wie die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern mit Klimaschutz zusammengedacht werden kann, bietet die fränkische Gemeinde Diespeck. Dort haben wir eine unserer Klima-Werkstätten durchgeführt. In einem Kurzfilm haben wir deren positive Erfahrungen festgehalten.

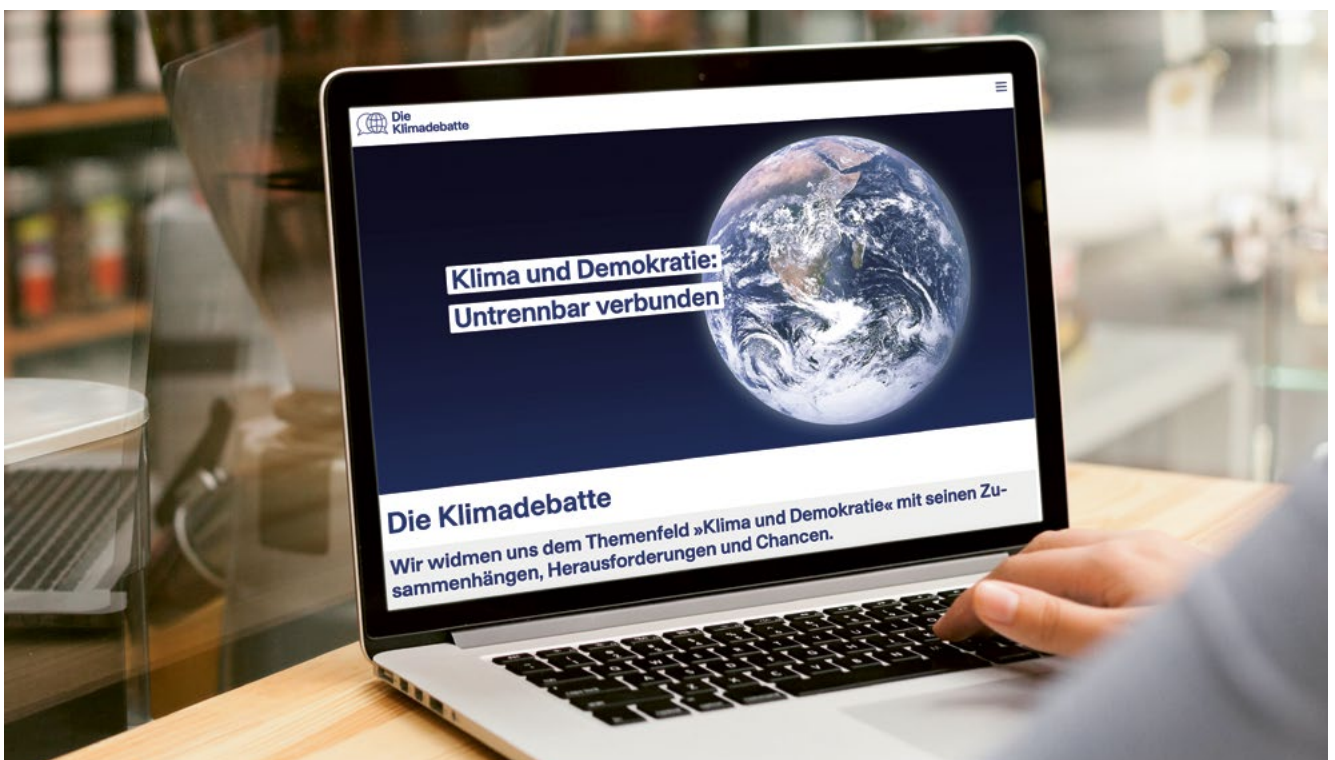


Foto: freepik.com

Demokratische Kultur

Ausgaben Demokratische Kultur

16.371,90 €



Für eine zukunftsfähige Demokratie reicht es nicht mehr aus, nur auf das Außen, also Strukturen, Gesetze und Institutionen zu schauen. Es kommt nicht nur darauf an, dass wir uns für die Verbesserung der Regelungen demokratischer Instrumente einsetzen, sondern wir müssen uns auch um eine neue zwischenmenschliche Qualität der demokratischen Prozesse kümmern. Genau das passiert im Arbeitsbereich „Demokratische Kultur“, der seit Ende 2022 aufgebaut wird.

Format Sprechen & Zuhören etabliert

2022 haben wir u. a. das Austausch-Format „Sprechen & Zuhören“ entwickelt und in Online- und Offline-Veranstaltungen erprobt. Hier geht es nicht um den in der Politik üblichen Schlagabtausch, sondern zunächst um gegenseitige Wahrnehmung und Akzeptanz.

Forschungsprojekt zu Trauma und Demokratie

Mit dem Forschungsprojekt „Polarisierung in Krisen überwinden“, an dem mehr als 350 Menschen teilgenommen haben, konnten wir zeigen, dass die gemeinsame Bearbeitung von Traumata und schmerzhaften kollektiven Erfahrungen sich positiv auf die Einstellung zur Demokratie auswirken kann. Die wichtigsten Erkenntnisse dazu sind auch in einen ausführlichen Forschungsbericht eingeflossen.

Politikfeldaufstellungen weiterentwickelt

Wir haben 2022 Politikfeldaufstellungen mit mehreren Organisationen durchgeführt und diesen dadurch wichtige Erkenntnisse und neue Perspektiven ermöglicht. Ein wissenschaftlich fundierter Grundlagentext „Politikfeldaufstellung als demokratische Methode“ wird gerade erarbeitet. In einer Reihe von Online-Veranstaltungen entwickeln wir das Format weiter, auch für die Anwendung in Präsenz.



Organisatorische Bereiche und Strukturelles

Ausgaben Beratung & Kommunale Demokratie

127.971,81 €



Zuwendungen für Kommunale Demokratie

75.000,00 €

Schöpflin-Stiftung

223.441,24 €

Open Society Foundations

10.154,80 €

Erasmus +

Summe: 308.596,04 €

Starker Auftritt von Mehr Demokratie

Mehr Demokratie ist in Medien, Politik und Zivilgesellschaft präsent! Dafür sorgen unsere Bereiche **Öffentlichkeitsarbeit, Fundraising, Lobbyarbeit, Veranstaltungen und Wissenschaft**. Insgesamt waren wir 2022 bei rund 240 Vorträgen, Workshops und Podiumsdiskussionen dabei. 2022 war unsere Vorstandssprecherin Claudine Nierth sogar beim berühmten TED-Talk-Format zu Gast. 52 Veranstaltungen haben wir selbst organisiert. Im Schnitt also eine Veranstaltung pro Woche! Rund 600 mal sind wir in den Medien aufgetaucht - mit den Landesverbänden ist die Resonanz sogar noch größer. Das **demokratie!-Magazin** als eigene Zeitschrift haben wir in den letzten beiden Jahren von einem Mitglieder-Magazin stärker hin zu einem journalistischen Fachmagazin mit Ausrichtung auf ein breiteres Publikum entwickelt. Mit Veranstaltungen haben wir 2022 rund 20.000 Menschen erreicht. Mit dem Global Forum on Modern Direct Democracy in Luzern waren wir auch international als einer der wichtigsten Akteure zum Thema Direkte Demokratie sichtbar.

Neuer Arbeitsbereich: Beratung & Kommunale Demokratie

Ein eigener Bereich widmet sich seit 2022 dem Thema „**Beratung & Kommunale Demokratie**“. Dort wird die bundesweite Bürgerbegehrensberatung mit Teilnehmungsberatung zusammengeführt. Außerdem entsteht gerade eine Datenbank für losbasierte Teilnehmungsformate im kommunalen Bereich als Grundlage für Statistiken, Forschung und Berichte. Unser Ziel ist eine qualifizierte und flächendeckende Beratung von Bürgerbegehren und Bürgerräten auf kommunaler Ebene. Darauf zählt auch der 2022 begonnene Leitfaden für kommunale Bürgerräte ein, der im Herbst 2023 erscheinen soll.

Umbau und Aufbau

Mit der gestalterischen Überarbeitung und dem kompletten Umbau der **Mehr Demokratie-Webseite** wurde 2023 ein Riesen-Projekt abgeschlossen, die Arbeiten daran zogen sich durch das gesamte Jahr 2022. Das Herzstück ist eine Suchfunktion, die es mit wenigen Klicks ermöglicht, sich im über 35 Jahre angesammelten Wissens- und Kampagnenfondus zu schöpfen und sich in den einzelnen Arbeitsbereichen und Landesverbänden zu orientieren.

Unsere Mehr Demokratie-interne Filemaker-**Datenbank** wurde 2022 gründlich überholt und neu aufgesetzt. Sie enthält sozusagen das gebündelte interne Mehr Demokratie-Wissen. Die neue Version, mit der wir derzeit bereits arbeiten, wird ständig weiterentwickelt und erleichtert die Verwaltung ebenso wie die Kommunikation nach außen. Durch interne Fortbildungen z.B. zur Moderation oder zur Medienarbeit machen wir unsere Mitarbeitenden und Landesverbands-Leute fit.

Unsere **Arbeitsbereiche** haben wir 2022 in zehn inhaltlich-politische und sieben organisatorische Bereiche aufgeteilt. Klare Strukturierung und Verantwortlichkeiten erleichtern die internen Arbeitsabläufe und die Kommunikation nach außen.

Zur Stärkung unserer Landesverbände in Ostdeutschland beschäftigt Mehr Demokratie seit mehreren Jahren eine eigenen **Ost-Koordinator**. Er unterstützt z.B. durch Beratung, Veranstaltungen, Koordination von Treffen, Öffentlichkeitsarbeit und Fundraising oder koordinierte Aktivitäten der verschiedenen Landesverbände.

Wir bauen derzeit ein **Alumni-Netzwerk** aus unseren ehemaligen Praktikanten und Praktikantinnen auf und versuchen gezielt, junge Menschen für Mehr Demokratie zu begeistern.

Landesverbände

In fünf Bundesländern waren 2022 Landtagswahlen - Saarland, Schleswig-Holstein, NRW, Niedersachsen, Berlin. Mehr Demokratie hat durch Wahlprüfsteine, Aufrufe und Kampagnen Forderungen nach direkter Demokratie, Transparenz und Bürgerbeteiligung eingebracht.

Gleich zu Anfang des Jahres hat die **Saarland**-Wahl gezeigt, wie absurd die Sperrklausel ist: Mehr als 22 Prozent aller Stimmen waren ungültig. Wir haben Vorschläge gemacht, wie es besser geht.

In **NRW** haben wir zur Landtagswahl unsere Kampagne „Mitmachen möglich machen“ durchgeführt. Der Koalitionsvertrag kann sich sehen lassen, wie unser Demokratie-Check gezeigt hat. Versprochen wurden unter anderem eine Kommission zur Erleichterung der direkten Demokratie, zwei Bürgerräte, ein Lobbyregister und ein Prüfauftrag für ein Transparenzgesetz. Nun komme es auf die Umsetzung der Vorhaben an, die wir gewohnt kritisch und aufmerksam begleiten werden.

In **Berlin** mündeten drei Wahlen und ein Volksentscheid durch eine überforderte Verwaltung ins Chaos - und in eine Wahlwiederholung. Das war für uns nur einer von mehreren Kritikpunkten 2022: Die „Enteignungskommission“, die sich mit der Umsetzung des Berliner Mietenvolksentscheids befasst, arbeitete leider völlig intransparent. Gute Nachricht: Unsere Volksinitiative mit dem Bündnis „Demokratie für alle“ haben wir in Rekordzeit abgeschlossen.

In **Schleswig-Holstein** haben wir uns gegen die Einschränkung von Mitbestimmungsrechten gewandt - und ein starkes Bündnis zur Rettung der Bürgerentscheide aufgebaut (siehe auch Punkt Direkte Demokratie).

In **Niedersachsen** haben wir anlässlich der Landtagswahl ein Transparenzgesetz gefordert. Mit Erfolg!
Kooperationsprojekt: Thementage Demokratie
02.12.2022: 14.209,21 €, Stadt Hannover

Mehr Demokratie **Bayern** hat die Veranstaltungsreihe „Für ein Denken und Debattieren in Sachfragen“ gestartet. Außerdem hat der Landesverband mit den Vorbereitungen für die Landtagswahlkampagne „Demokratie-Offensive für Bayern“ begonnen sowie sich dem Volksbegehren „Vote 16“ angeschlossen.

In **Baden-Württemberg** wird der Artikel 59 der Landesverfassung zu Volksantrag und Volksbegehren überarbeitet. Wir bringen uns in die Reformdebatte ein. 2022 haben wir außerdem zum Vorhaben der Landesregierung Stellung bezogen, diverse Aspekte von Kommunal- und Bürgermeisterwahlen zu reformieren.

Nicht nur in **Hessen** schlug die Abwahl des hoch umstrittenen Frankfurter Oberbürgermeisters Peter Feldmann Wellen. Wir haben sie zum Anlass genommen, um über das Thema „Politik abwählbar machen“ zu diskutieren.

In den ostdeutschen Landesverbänden ist Vieles in Bewegung gekommen, auch Dank der neu besetzten Stelle des Koordinators für die Landesverbände und neuer Aktiver.

Sachsen hat nun ein Transparenzgesetz. Ein neuer Landesvorstand hat sich zum Ziel gesetzt, noch einmal Druck für eine Verfassungsreform zur direkten Demokratie zu machen. In Mecklenburg-Vorpommern plant unser neuer Landesvorstand eine Kampagne für mehr Transparenz.

In **Thüringen** war unsere Petition für „Modernes Wahlrecht für Thüringer Kommunen“ erfolgreich - die Landtagsdebatte war konstruktiv. Die Fraktion von Die Linke, SPD und Grünen nahmen den Entwurf zur weiteren Befassung mit. Ein Gesetzgebungsverfahren, das daraufhin 2023 von der Regierungskoalition auf den Weg gebracht werden sollte, ist auf den letzten Metern an der SPD gescheitert.



Ihre Mitgliedschaft sichert unsere Unabhängigkeit!



Ja, ich werde Mitglied bei Mehr Demokratie e.V.

Ich zahle einen jährlichen Beitrag von _____ EUR
(Einzelbeitrag 78 EUR, ermäßigt 30 EUR)

Vorname, Nachname

Straße, Nr.

PLZ, Ort

Geburtsdatum

E-Mail

Telefon

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Mehr Demokratie mich per E-Mail kontaktiert.

Ja, ich bin damit einverstanden, dass Mehr Demokratie mich per Telefon kontaktiert.

Ja, ich erteile ein SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige Mehr Demokratie e.V. bis auf Widerruf, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von Mehr Demokratie e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.
Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das SEPA-Lastschriftmandat gilt für wiederkehrende und einmalige Zahlungen. Für die Vorabinformation über den ersten Zahlungseinzug und die Übermittlung der Mandatsreferenznummer wird eine Frist von mindestens fünf Kalendertagen vor Fälligkeit vereinbart.

Anschrift: Mehr Demokratie e.V., Tempelhof 3, 74594 Kreßberg
Gläubiger-ID: DE26ZZ0000033645
Mandatsreferenznummer: wird separat mitgeteilt

Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar. Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich kostenlos unsere Mitgliederzeitschrift.

IBAN

Bank

Ort, Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie die Antwortkarte im Umschlag und ausreichend frankiert an Mehr Demokratie e.V. Tempelhof 3, 74594 Kreßberg oder als Scan per E-Mail an mitgliederservice@mehr-demokratie.de

Datenschutzrechtliche Unterrichtung laut Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO

Verantwortlicher ist Mehr Demokratie e.V., Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Datenschutzbeauftragte: Ramona Pump, datschutz@mehr-demokratie.de

Wir weisen gemäß Art. 13 Abs. 1 und Abs. 2 DS-GVO darauf hin, dass zum Zweck der Mitgliederverwaltung- und -betreuung folgende Daten der Mitglieder automatisiert verarbeitet werden: Namen, Anschrift, Telefonnummer, Geburtsdaten, Zahlungsdaten, Bankverbindung, E-Mail. Bei Einwilligung zur E-Mail nehmen wir Sie in den Newsletter auf. Rechtsgrundlage der Speicherung und Verarbeitung Ihrer Daten ist Ihre Einwilligung. Eine Weitergabe der Daten an Dritte findet nur statt, wenn wir mit einem Versanddienstleister oder Telefondienstleister zusammenarbeiten, der direkt nach Zweckerfüllung zur Löschung der Daten verpflichtet ist. Ihre Daten speichern wir nur über die Dauer der Zweckerfüllung bzw. nach gesetzlicher Vorgabe. Sie haben ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung und das Recht auf Widerspruch. Ein Widerruf der Einwilligung ist jederzeit formlos möglich, z.B. per Anruf oder Mail (030-42082370, info@mehr-demokratie.de). Sie haben das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, sollten Sie den Eindruck haben, Ihre Daten werden unrechtmäßig genutzt.